

Geringes Vertrauen in wirtschaftlich schwachen Ländern: Indikatoren zu den Lebensverhältnissen in der erweiterten Europäischen Union

Berger-Schmitt, Regina

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Berger-Schmitt, R. (2004). Geringes Vertrauen in wirtschaftlich schwachen Ländern: Indikatoren zu den Lebensverhältnissen in der erweiterten Europäischen Union. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 32, 6-10. <https://doi.org/10.15464/isi.32.2004.6-10>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

(Tabelle 4), sind starke Parallelen zum Umfang der Kinderlosigkeit erkennbar: Mit der Höhe des Ausbildungsabschlusses nimmt der Anteil der ledigen Frauen zu. Die Gruppen mit den höchsten Anteilen an Ledigen, d.h. Frauen mit Hochschulabschluss, Fachhochschulabschluss sowie Abitur, weisen auch die höchste Kinderlosigkeit auf. Frauen mit Hochschulabschluss haben nicht nur die niedrigsten Ledigenquoten, sondern auch die geringsten Kinderlosenquoten. Konzentriert man sich auf die Hochschulabsolventinnen, scheint die oben dargestellte Zunahme der Kinderlosigkeit zwischen den Jahrgängen 1955/56 und 1957/58 in einem engen Zusammenhang mit den zunehmenden Ledigenquoten der jüngeren Geburtskohorten zu stehen. Von den Anfang bis Mitte der 1950er Jahre Geborenen waren im Alter zwischen 39 und 40 etwa 16% der Frauen ledig, im gleichen Alter waren es bei den 1957/58 Geborenen hingegen bereits ein Viertel. Ähnliche Strukturen sind auch für die Frauen mit Fachhochschulabschluss erkennbar. Vice versa sind die Ledigenquoten in den anderen Bildungsgruppen unter Berücksichtigung des ansteigenden Heiratsalters über die Geburtskohorten hinweg sehr konstant, was sich mit dem obigen Befund eines gleichfalls relativ konstanten Anteils an kinderlosen Frauen in diesen Gruppen deckt.

Als Resümee lässt sich festhalten, dass die Entscheidung für oder gegen Kinder in einem engen Zusammenhang mit dem Ausbildungsniveau der Frau steht. Allerdings wurde auch gezeigt, dass das Ausmaß der Kinderlosigkeit in den höchsten Bildungsschichten überschätzt wird, wenn die in diesen Gruppen doch stark vorhandene Tendenz zur späten Mutterschaft nicht berücksichtigt wird. Weiterhin wurde deutlich, dass der in den jüngeren Geburtskohorten zu beobachtende Anstieg der dauerhaft Kinderlosen bislang auf Frauen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss beschränkt ist und in einem engen Zusammenhang mit der rückläufigen Heiratsneigung steht. Über die Ursachen dieser Entwicklung kann - ohne weitergehende Analysen - an dieser Stelle nur spekuliert werden. Das sich unmittelbar anbietende Erklärungsmuster, nach welchem hochqualifizierte Frauen in Hinblick auf materielle Versorgungsaspekte kaum auf eine Ehe angewiesen sind, greift zu kurz, weil dies auch für die älteren Geburtskohorten zutrifft. Vielmehr ist zu bedenken, dass die Ausbildungsphase der in den späten 1950er Jahren geborenen Frauen etwa Mitte der 1980er Jahre abgeschlossen war und damit in eine Zeit fällt, in welcher nicht-eheliche Partnerschaften als eine gesellschaftlich akzeptierte Alternative zur Ehe zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Zu berücksichtigen ist vor allem auch, dass nicht die rückläufige Heiratsneigung die zunehmende Kinderlosigkeit verursacht, sondern eher umgekehrt ein sinkender Kinderwunsch die Ursache für sinkende Heiratsraten ist. Insgesamt deutet diese Entwicklung darauf hin, dass junge, hochqualifizierte Frauen weniger als die älteren Geburtskohorten und deutlich weniger als Frauen mit

einer niedrigeren Qualifikation gewillt sind, die in Hinblick auf die Koordination von Erwerbs- und Familienarbeit nach wie vor unzulänglichen Rahmenbedingungen zu akzeptieren. Darüber hinaus erwarten sie sicherlich auch ein stärkeres Engagement der potenziellen Väter bei der Familienarbeit.

Diekmann, Andreas, Weick, Stefan, 1993: Der Familienzyklus als sozialer Prozess. Duncker & Humblot, Berlin.

Engstler, Heribert, 1998: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn.

Huinink, Johannes, 2002: Polarisierung der Familienentwicklung in europäischen Ländern im Vergleich. Zeitschrift für Familienforschung Sonderheft 2: 49-74.

1 Hier nicht dokumentierte Analysen zeigen, dass die Kinderlosigkeit bei verheirateten Hochschulabsolventinnen in den letzten drei Jahrzehnten relativ konstant bei etwa einem Fünftel liegt.

■ **Heike Wirth und Kerstin Dümmler, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-269
wirth@zuma-mannheim.de

Geringes Vertrauen in wirtschaftlich schwachen Ländern

Indikatoren zu den Lebensverhältnissen in der erweiterten Europäischen Union

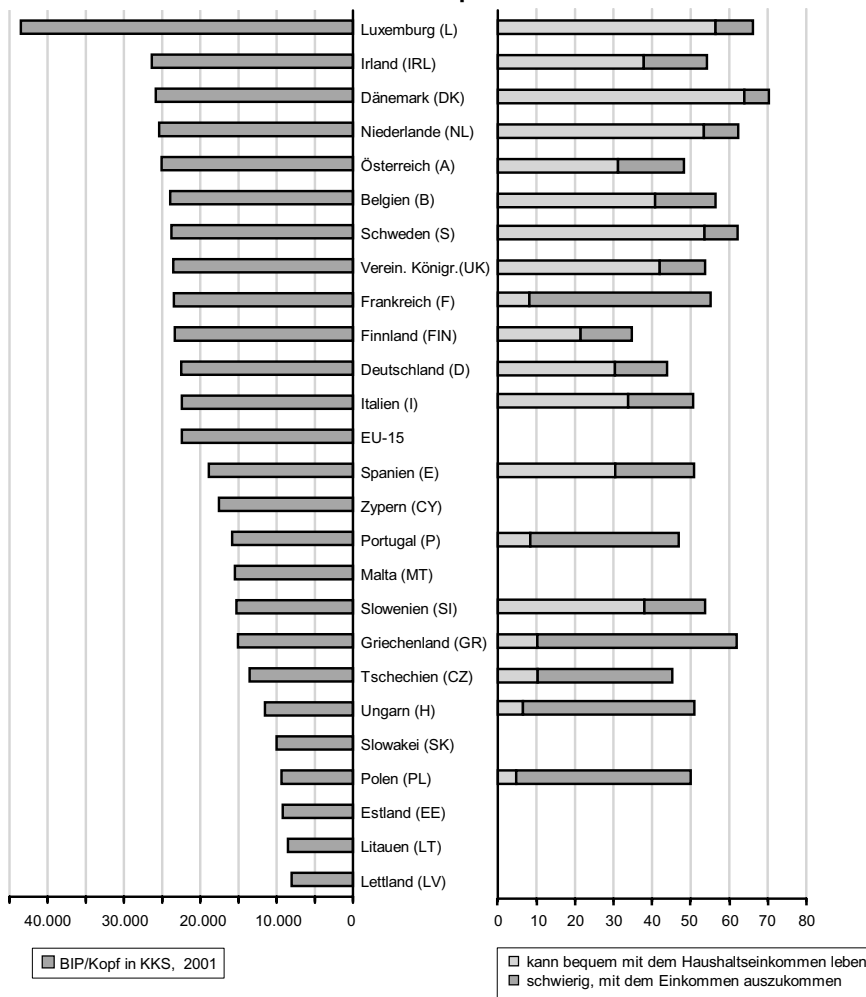
Die Verbesserung der Lebensbedingungen in Europa und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Mitgliedsländern gehören zu den Hauptzielen der europäischen Vereinigung. Bekanntlich gibt es zwischen den EU-15-Ländern noch immer erhebliche Wohlfahrtsunterschiede (vgl. ISI 27), und mit der Erweiterung der EU ist man von gleichwertigen Lebensverhältnissen noch weiter entfernt als zuvor. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass dies nicht nur materielle Aspekte der Lebenssituation betrifft, sondern beispielsweise auch Fragen der Qualität gesellschaftlicher Institutionen, des sozialen Zusammenhalts und des subjektiven Wohlbefindens der Bevölkerung. Datenbasis ist der 2002/3 durchgeführte European Social Survey und die Europäischen Wertestudie von 1999/2000.^{1,2}

Die starken Wohlstandsunterschiede in Europa werden zum einen durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf dokumentiert, zum anderen spiegeln sie sich auch in subjektiven Indikatoren wider. Unter den EU-15-Ländern weisen Griechenland und Portugal im Jahr 2001 das mit Abstand niedrigste Pro-Kopf-Einkommen auf (Grafik 1). Diese beiden Länder bleiben zudem hinter einem der kürzlich der EU beigetretenen Länder, nämlich Zypern, zurück. Von den neuen EU-Ländern sind außerdem Malta und Slowenien in einer vergleichsweise günstigen Situation. Gemessen am Wert des BIP pro Kopf erreicht der Wohlstand in diesen beiden Ländern fast das Niveau von Portugal und übertrifft das Niveau in Griechenland. Alle anderen neu beigetretenen Länder fallen demgegenüber deutlich ab, wobei Lettland das Schlusslicht bildet. Das enorme Wohlstandsgefälle in der erweiterten EU wird nur allzu deutlich, wenn man sich die folgenden Ergebnisse vor Augen hält: In fünf der zehn neuen Mitgliedsländer - Lettland, Litauen, Estland, Polen und der Slowakei - erreicht das BIP pro Kopf nicht einmal die Hälfte des Durchschnitts der EU-15-Länder. Das wohlhabendste Land der EU, Luxemburg, hat ein mehr als fünfmal so hohes BIP pro Kopf wie Lettland und Litauen. Irland, Dänemark,

die Niederlande und Österreich sind weitere Länder mit einer vergleichsweise guten wirtschaftlichen Situation.

Jeder zweite Grieche betrachtet es als schwierig, mit seinem Einkommen auszukommen

Die subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung, wie gut sie mit ihrem Einkommen leben können, bestätigen die objektiven Befunde im wesentlichen. Jeweils die Mehrheit der Bevölkerung in Dänemark, Luxemburg, Schweden und den Niederlanden meint, dass sie bequem mit ihrem Einkommen leben können. In Polen, Ungarn, Tschechien, Portugal und Griechenland beurteilen nur zwischen 5% und 10% der Bevölkerung ihre finanzielle Situation so günstig. In diesen Ländern bekunden dagegen zwischen 35% (Tschechien) und 52% (Griechenland) der Bevölkerung, dass es für sie schwierig oder sehr schwierig sei, mit ihrem Einkommen auszukommen. Aber auch in Frankreich, einem Land mit einem im EU-Vergleich überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, hält es fast die Hälfte der Bürger für schwierig, mit ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Slowenien ist das einzige der in die Befragung einbezogenen

Grafik 1: Wohlstandsunterschiede in der Europäischen Union

Datenbasis: Eurostat, Langfristige Indikatoren (online); European Social Survey 2002/3.

Beitrittsländer, in dem die Bevölkerung ihre finanzielle Lage vergleichsweise positiv bewertet.

Große Unterschiede sowohl zwischen den alten als auch zwischen den neuen Mitgliedsländern der EU gibt es auch im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage. Von den EU-15-Ländern wiesen im Jahr 2003 Spanien mit 11,3% die höchste und Deutschland mit 9,7% die zweithöchste Arbeitslosenquote auf, während in Luxemburg sowie in den Niederlanden mit 3,7% bzw. 3,8% die niedrigsten Werte zu verzeichnen waren (Tabelle 1). In den neuen Mitgliedsstaaten der EU ist die Arbeitsmarktlage zum Teil noch schlechter als in Spanien. So sind 19,2% der Polen, 17,1% der Slowaken und 12,7% der Litauer arbeitslos, und auch in Lettland und Estland liegt die Arbeitslosigkeit über dem Durchschnitt der Alt-Mitglieder. Vergleichsweise günstig ist die Situation dagegen in Zypern, Ungarn und Slowenien mit einer niedrigeren Arbeitslosigkeit als in vielen älteren Mitgliedsstaaten der EU.

In Spanien und Polen sind mehr als ein Viertel der Arbeitsverhältnisse befristet

Ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko tragen Arbeitnehmer, deren Arbeitsvertrag befristet

ist, und dies trifft für mehr als ein Viertel der Arbeitnehmer in Spanien und in Polen zu. Doch auch in anderen Ländern, wie z.B. Irland, Portugal, Ungarn, Tschechien und Slowenien, hat ein nicht geringer Anteil der Arbeitnehmer eine Arbeitsstelle von begrenzter Dauer, und dies geht mit einer vergleichsweise geringen Arbeitslosenquote einher. Dies zeigt, dass die Befristung von Arbeitsverhältnissen auch ein Instrument zur zumindest kurzfristigen Schaffung von Arbeitsplätzen sein kann. In Übereinstimmung damit steht der Befund, dass Arbeitnehmer, die in den letzten 5 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen waren, in allen Ländern zu einem wesentlich höheren Anteil in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen als Arbeitnehmer, die zuvor nicht arbeitslos waren.

Ein Schlaglicht auf die Situation am Arbeitsmarkt werfen auch die wahrgenommenen Chancen eine neue, gleichwertige Stelle zu finden. Hier findet man in Polen - übereinstimmend mit der objektiven Situation - die mit Abstand pessimistischste Einschätzung vor. Darüber hinaus würde sich die Stellenfindung in der Einschätzung der Arbeitnehmer insbesondere in Griechenland, in Portugal, aber auch in Deutschland als sehr schwierig gestalten. Dagegen werden in den skandinavischen

Ländern, im Vereinigten Königreich, in Irland und in den Niederlanden die persönlichen Arbeitsmarktchancen vergleichsweise positiv beurteilt.

Arbeitszufriedenheit in Polen am geringsten und in Malta am höchsten

Zur Beurteilung der Situation der Erwerbstätigen in den verschiedenen europäischen Ländern sind neben Fragen der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch andere Merkmale zu berücksichtigen. Ein zusammenfassendes Maß dafür, wie die Arbeitssituation insgesamt beurteilt wird, ist die allgemeine Arbeitszufriedenheit. Auch hier ergeben sich für die polnischen Erwerbstätigen die schlechtesten Werte, und in der Slowakei, in Ungarn und in den Staaten des Baltikums sind die Erwerbstätigen ebenfalls erheblich unzufriedener als in fast allen übrigen EU-Ländern. Unter den neuen Mitgliedsländern befindet sich mit Polen nicht nur das Land mit der geringsten, sondern mit Malta auch das Land mit der höchsten Arbeitszufriedenheit aller Erwerbstätigen der EU. Unter den alten Mitgliedsländern weisen die Dänen die mit Abstand höchste Arbeitszufriedenheit auf, während in Griechenland eine ähnlich niedrige Zufriedenheit wie in den meisten neuen Mitgliedsländern herrscht.

Die Lebensverhältnisse in Europa stellen sich auch in Bezug auf die Qualität gesellschaftlicher Institutionen in den Bereichen der Gesundheitsversorgung, der sozialen Sicherung, dem Bildungswesen und der öffentlichen Sicherheit disparat dar. Gemessen am Vertrauen der Bürger in diese Institutionen, konzentrieren sich Defizite auf wenige Länder (Tabelle 2).

In Griechenland geringstes Vertrauen der Bürger in die gesellschaftlichen Institutionen

Was das Gesundheitswesen betrifft, so sind es von den EU-15-Ländern insbesondere die Bürger Griechenlands, Italiens und Portugals, die sich vergleichsweise negativ äußern. In keinem Land der EU haben so wenige Bürger Vertrauen in ihr Gesundheitswesen wie in Griechenland. Auch die neuen EU-Bürger bewerten die Gesundheitsversorgung ihres Landes zu großen Teilen ziemlich ungünstig; in Litauen, Tschechien und Ungarn bringt eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung dem Gesundheitswesen ein nur geringes Vertrauen entgegen. Demgegenüber herrscht in Österreich, Belgien, Finnland und Malta eine positive Einschätzung vor. Hier haben jeweils mehr als vier Fünftel der Bürger sehr viel oder viel Vertrauen in das Gesundheitswesen. Deutschland liegt mit etwas mehr als der Hälfte der Bürger, die hohes Vertrauen äußern, im europäischen Vergleich auf einer Position im unteren Mittelfeld.

Die Griechen bringen nicht nur dem Gesundheitswesen, sondern auch zahlreichen anderen gesellschaftlichen Institutionen ihres Landes

Tabelle 1: Indikatoren des Arbeitsmarktes und Arbeitszufriedenheit

	Arbeitslosen- quote, 2003 (1)	Befristeter Arbeitsvertrag (2)	Schwierigkeit d. Stellenfindung (2)	Arbeits- zufriedenheit (3)
	%	%	Mittelwert ^a	Mittelwert ^b
EU-15	8,0			
A	4,4	10	3,8	7,7
B	8,1	11	4,5	7,6
D	9,7	11	2,9	7,7
DK	5,6	14	5,0	8,1
E	11,3	28	4,0	7,3
F	9,4	18	4,2	7,1
FIN	9,0	17	4,8	7,7
GR	9,3	20	2,7	6,9
I	8,6	11	4,2	7,3
IRL	4,6	19	5,1	7,8
L	3,7	9	3,3	7,6
NL	3,8	15	5,4	7,5
P	6,4	18	2,9	7,6
S	5,6	13	5,5	7,3
UK	5,0	14	5,5	7,3
CY	4,4			
CZ	7,8	19	3,3	7,3
EE	10,1			6,7
H	5,8	20 ^c	3,0	6,8
LV	10,5			6,7
LT	12,7			6,9
MT	8,2			8,4
PL	19,2	27	2,3	6,6
SK	17,1			6,7
SI	6,5	17	3,4	7,2

a) Mittelwert auf einer Skala von 0 (äußerst schwierig) bis 10 (äußerst leicht), b) Mittelwert auf einer Skala von 1 (unzufrieden) bis 10 (zufrieden), c) Befristet oder ohne Vertrag.

Datenbasis: (1) Eurostat, Structural Indicators (online); (2) European Social Survey 2002/3; (3) Europäische Wertestudie 1999/2000.

Folgt man den Einschätzungen der Bürger, dann gehört Griechenland nicht nur im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung, die soziale Sicherung und das Bildungswesen, sondern auch im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit zu den Schlusslichtern Europas. Nicht einmal 30% der Griechen haben Vertrauen in die Polizei ihres Landes, gegenüber mehr als 90% der Dänen und der Finnen und rd. drei Vierteln der Schweden, der Österreicher und der Deutschen. Auch in den Beitrittsländern ist das Vertrauen in die Polizei vergleichsweise gering, insbesondere in den Staaten des Baltikums und in Tschechien.

Starker sozialer Zusammenhalt in den skandinavischen Ländern

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur am Lebensstandard, den Merkmalen der Arbeitswelt und der Qualität gesellschaftlicher Institutionen, sondern auch an ihrem sozialen Zusammenhalt wie er in der Pflege sozialer Kontakte, der Zugehörigkeit zu Vereinen und Organisationen sowie Vertrauen und Hilfsbereitschaft gegenüber anderen Menschen zum Ausdruck kommt. Wie Tabelle 3 zeigt, bestehen hier ebenfalls erhebliche Unterschiede zwischen den europäischen Gesellschaften. Dabei lassen sich recht eindeutig sowohl Gesellschaften identifizieren, die sich durch eine ausgesprochen positive Situation auszeichnen, als auch Gesellschaften, in denen sich relative Schwächen häufen. Zu den Ersteren gehören insbesondere die skandinavischen Länder und - in geringerem Maße

wenig Vertrauen entgegen, und so erweist sich auch das Vertrauen in die soziale Sicherung als das mit Abstand geringste in Europa. Weniger als ein Fünftel der Griechen haben Vertrauen in ihr soziales Sicherungssystem, während es in Luxemburg, dem Land mit dem höchsten Ausmaß an Vertrauen, nahezu vier Fünftel und in Malta mehr als drei Viertel sind. In den meisten Beitrittsländern, aber auch in Italien, dem Vereinigten Königreich und in Deutschland wird häufiger Misstrauen als Vertrauen in die Soziale Sicherung geäußert. Das im europäischen Vergleich geringe Institutionenvertrauen der Griechen zeigt sich überdies im Hinblick auf das Bildungssystem. Im Jahr 1999/2000 äußerten nicht einmal 30% der Griechen, aber fast 90% der Finnen großes Vertrauen in ihr Bildungssystem. Deutschland nimmt mit einem Anteil von fast drei Viertel der Bürger, die Vertrauen in ihr Bildungssystem haben, eine im europäischen Vergleich günstige Position ein. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Zeitpunkt der Befragung vor der Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studie lag. Ein anderer Indikator, die drei Jahre später im Rahmen des European Social Survey erhobene Bewertung des Bildungssystems anhand einer Skala von sehr schlecht bis sehr gut, weist Deutschland im Urteil der Bürger die dritt schlechteste Position in Europa zu.

Tabelle 2: Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen

	Vertrauen ^a in ...			
	Gesund- heitswesen	soziale Sicherung	Bildungs- system	Polizei
	in %			
A	86	67	86	76
B	83	69	80	56
D	53	44	73	74
DK	70	67	75	91
E		63	68	55
F	77	67	69	66
FIN	84	71	89	90
GR	26	19	29	28
I	37	34	53	67
IRL	57	56	86	84
L	78	79	68	72
NL	76	66	73	64
P	44	51	60	66
S	76	51	68	76
UK	60	38	68	69
CZ	43	34	55	33
EE	62	51	74	34
H	44	42	64	45
LV	67	57	74	40
LT	37	32	67	26
MT	86	76	84	67
PL	57	39	81	55
SK	51	37	76	45
SI	68	47	80	50

a) Sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen. Datenbasis: Europäische Wertestudie 1999/2000.

- auch Irland. Zu den Letzteren gehören Griechenland, Portugal und einige der neuen Mitgliedsstaaten der EU.

Intensive soziale Kontakte in Form von mindestens wöchentlichen Treffen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen pflegen fast vier Fünftel der Dänen und drei Viertel der Iren gegenüber nur etwa zwei Fünftel der Ungarn und der Griechen. Darüber hinaus bringt man in keinem Land der EU anderen Menschen so viel Vertrauen entgegen wie in den skandinavischen Ländern. Dies betrifft sowohl direkte Einschätzungen des Vertrauens in andere als auch Fragen danach, inwieweit man an die Fairness und Hilfsbereitschaft anderer glaubt. Auf relativ großes Misstrauen stößt man hingegen in Griechenland, Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien, aber auch in Portugal und Italien.

Die Bürger Skandinaviens haben sich außerdem zu großen Anteilen in Organisationen und Vereinigungen zusammengeschlossen und werden in der Häufigkeit der Mitgliedschaft zum Teil nur von den Holländern übertroffen. Eine überdurchschnittlich häufige Zugehörigkeit kann im Hinblick auf alle Arten von Organisationen festgestellt werden: Gewerkschaften und berufliche Verbände ebenso wie Organisationen mit Freizeitcharakter, karitative Vereinigungen, Parteien, Bürgerinitiativen und politische Bewegungen. Geringe Organisationsquoten findet man hingegen in den meisten neu beigetretenen EU-Ländern, in Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich. In Deutschland ist die Hälfte der Bürger Mitglied eines Vereins oder einer Organisation. Dabei engagieren sie sich im europäischen Vergleich aber selten in karitativen Einrichtungen. Dem entspricht eine geringe Bereitschaft, sich aktiv für Alte, Kranke und Behinderte einzusetzen. Nur etwa die Hälfte der Deutschen wäre bereit, etwas zu tun, um die Lebensbedingungen für ältere Menschen oder für Kranke und Behinderte in ihrem Land zu verbessern. Die Hilfsbereitschaft in Deutschland stellt die geringste unter den alten Mitgliedsländern der EU dar und wird in der erweiterten Union nur noch von Estland und Litauen unterboten. Den Kontrast dazu bildet erneut Schweden, wo sich mehr als 85 Prozent der Bürger für hilfebedürftige Bevölkerungsgruppen engagieren würden.

In den meisten neuen Mitgliedsländern, in Portugal und in Griechenland vergleichsweise geringes subjektives Wohlbefinden

Die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in Europa spiegelt sich auch in Maßen des globalen subjektiven Wohlbefindens wider, wie z.B. in Äußerungen darüber, wie zufrieden und glücklich man mit seinem Leben insgesamt ist. In den meisten neuen Mitgliedsländern der EU, in Portugal, Griechenland und Italien sind die Bürger mit ihrem Leben vergleichsweise wenig zufrieden und glücklich, während die Menschen in Skandinavien, Luxemburg und den Niederlanden insgesamt die

Tabelle 3: Indikatoren des sozialen Zusammenhalts

	Wöchentlich Treffen m. Freunden/ Verwandten (1)	Vertrauen in andere (1)	Ausnutzung durch andere (1)	Hilfsbereitschaft anderer (1)	Mitglied in Organisation/ Verein (2)	Bereitschaft, aktiv etwas zu tun für Ältere Menschen (2)	Kranke/ Behinderte (2)
	%	Mittelwert ^a			%	%	%
A	67	5,1	5,6	5,2	66	58	57
B	68	4,8	5,6	4,4	68	67	68
D	60	4,7	5,8	4,8	50	50	49
DK	79	7,0	7,3	6,1	84	67	70
E	73	4,9	5,2	4,4	30	57	55
F	67	4,5	5,6	4,4	38	59	62
FIN	69	6,5	6,9	5,7	79	72	73
GR	43	3,6	3,7	3,0	56	66	71
I	63	4,5	4,6	4,1	41	80	82
IRL	75	5,5	6,0	6,0	56	81	81
L	66	5,2	5,5	4,5	58	61	66
NL	71	5,7	6,2	5,3	92	62	66
P	74	4,2	5,3	3,9	23	59	65
S	69	6,1	6,7	6,0	96	85	88
UK	71	5,1	5,6	5,4	34	55	59
CZ	47	4,3	5,1	3,9	58	63	76
EE					33	33	40
H	37	4,1	4,6	4,2	28	57	60
LV					31	56	59
LT					16	35	35
MT					42	76	82
PL	45	3,7	4,5	3,2	26	67	72
SK					63	69	72
SI	53	4,0	4,7	4,2	51	65	71

a) Mittelwert auf einer Skala von 0 (man kann nicht vorsichtig genug sein) bis 10 (man kann den meisten Menschen vertrauen) bzw. 0 (die meisten Menschen würden versuchen, mich auszunutzen) bis 10 (die meisten Menschen würden versuchen, fair zu sein) bzw. 0 (die Menschen kümmern sich meistens nur um sich selbst) bis 10 (die Menschen versuchen meistens, hilfsbereit zu sein).

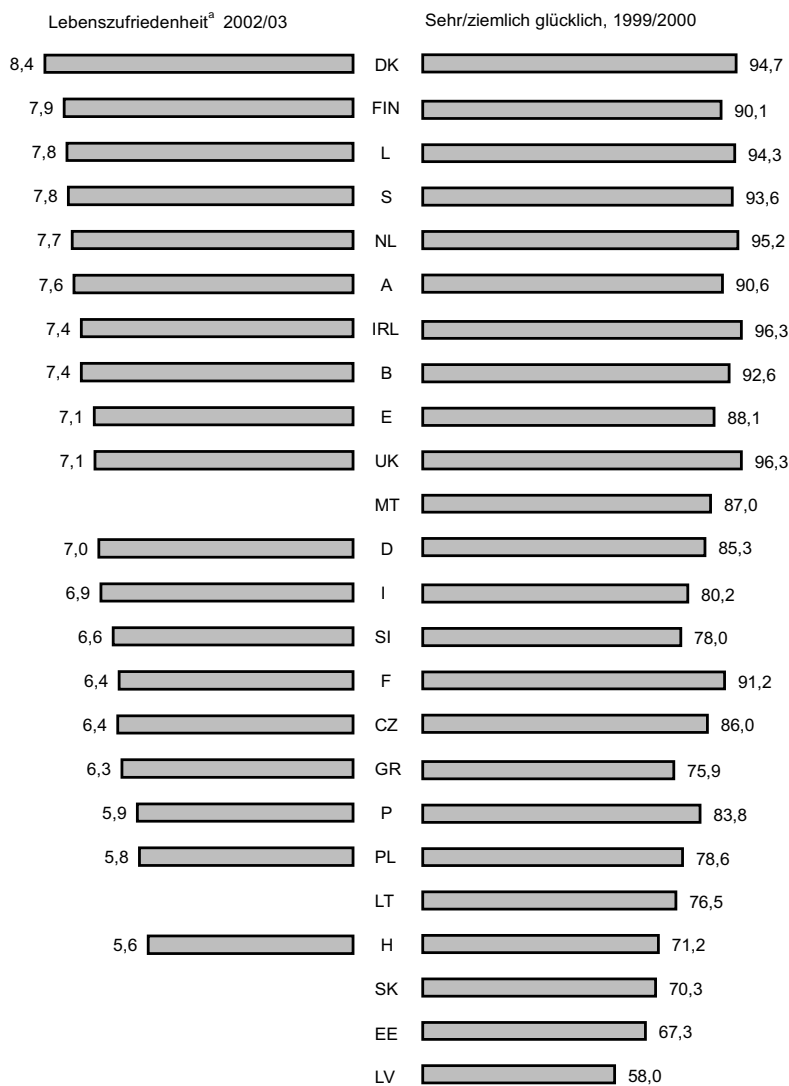
Datenbasis: (1) European Social Survey 2002/3; (2) Europäische Wertestudie 1999/2000.

günstigsten Bewertungen abgeben (Grafik 2). Unter den alten Mitgliedsländern liegt Deutschland bei beiden Aspekten des Wohlbefindens an viertletzter Position.

Es stellt sich die Frage, wie die großen Wohlfahrtsunterschiede in der erweiterten Union jemals überwunden werden können, wenn dies schon unter den EU-15-Ländern bisher nicht gelingen konnte. Länder wie Griechenland und Portugal bleiben auch nach mehr als bzw. fast zwei Jahrzehnten der Mitgliedschaft in allen Bereichen hinter den anderen zurück. Die Ergebnisse der vorgestellten Analysen bestätigen einmal mehr die These, dass das soziale Kapital einer Gesellschaft, d.h. das Netz sozialer Beziehungen, die Institutionen und Normen, die das Zusammenleben regeln, und das Vorhandensein eines Klimas des Vertrauens, wichtige Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Fortschritt sind³. Insbesondere Vertrauen stellt eine zentrale Ressource dar, da es die Kooperationsbereitschaft der Menschen und die Entwicklung stabiler, verlässlicher Beziehungen fördert, Risiken und Unsicherheiten vermindert und damit wirtschaftliche Transaktionen erleichtert. Dies wird durch zahlreiche wissenschaftliche Un-

tersuchungen (vgl. z.B. Knack/Keefer 1997; Zak/Knack 2001) unterstrichen, und auch auf politischer Ebene wird die grundlegende Bedeutung von Vertrauen für die Entwicklung einer Gesellschaft betont⁴. In mehreren Beitrittsländern, in Griechenland und in geringerem Maße auch in Portugal und Italien herrscht jedoch ein Mangel an Vertrauen, nicht nur in die gesellschaftlichen Institutionen und in die Politik, sondern in hohem Ausmaß auch auf der interpersonalen Ebene⁵. Da Vertrauen eine solche Schlüsselfunktion hat, sollten sich zukünftige Untersuchungen mit den Ursachen des Misstrauens und der Frage, wie das Vertrauen zwischen den Menschen in den genannten Ländern gestärkt werden kann, befassen. Möglicherweise kommt man mit der Beantwortung dieser Frage dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Europa ein Stück näher.

Putnam, Robert, 2001: Social Capital: Measurement and Consequences. In: J.F. Helliwell (Hrsg.): The Contribution of Human and Social Capital to Sustained Economic Growth and Well-Being: International Symposium Report, Human Resources Development Canada and OECD.

Grafik 2: Lebenszufriedenheit und Glück in Europa

a) Mittelwert auf einer Skala von 0 (äußerst unzufrieden) bis 10 (äußerst zufrieden).
Datenbasis: European Social Survey 2002/3, Europäische Wertestudie 1999/2000.

Knack, Stephen, Keefer, Philip, 1997: *Does Social Capital Have An Economic Payoff? A Cross-Country Investigation. Quarterly Journal of Economics* 112: 1251-1288.
Zak, Paul J., Knack, Stephen, 2001: *Trust and Growth. Economic Journal* 111: 295-321.

- 1 Beide Datensätze sind das Ergebnis repräsentativer Umfragen zu Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerungen Europas (vgl. <http://www.europeansocialsurvey.org/> und <http://www.european-values.nl/index2.htm>).
- 2 Das Europäische System Sozialer Indikatoren, das gegenwärtig von der Abteilung Soziale Indikatoren bei ZUMA entwickelt wird, beinhaltet eine Vielzahl weiterer Indikatoren zu den Lebensverhältnissen in Europa, die auf diesen und weiteren Surveys sowie amtlichen Datenquellen beruhen (vgl. http://www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/EU_Reporting/eusi.htm).
- 3 Diese Zusammenhänge wurden insbesondere durch die theoretischen und empirischen Arbeiten Robert Putnams deutlich (vgl. z.B. Putnam 2001).
- 4 In Deutschland hat erst kürzlich die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan im Rahmen ihrer Präsidentschaftskandidatur auf entsprechende Befunde hingewiesen und 'Vertrauen' zu einem Schlagwort politischer Diskussionen gemacht.
- 5 Ein Zusammenhang zwischen Vertrauen, Wohlstand und anderen Wohlfahrtsaspekten ist nicht nur auf der Ebene der Aggregatdaten, sondern auch der Individualdaten feststellbar.

Regina Berger-Schmitt, ZUMA
Tel.: 0621/1246-248
berger@zuma-mannheim.de

Aktuelle Datenangebote der Abteilung Soziale Indikatoren

Das Internetangebot der Abteilung Soziale Indikatoren wurde in jüngster Zeit erweitert und aktualisiert. Neu geschaffen wurde die Möglichkeit, Individualdaten der Wohlfahrtssurveys im Internet auszuwerten. Weiterhin werden Aktualisierungen des Systems Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland in elektronischer Form (disi) sowie als Druckversionen (pdf) angeboten. Das Europäische System Sozialer Indikatoren wurde um weitere Lebensbereiche ergänzt. Die Zeitreihendaten für 22 Länder sind im Internet verfügbar. Der Datenreport 2004 wird Ende August erscheinen und auch wieder als Internetversion angeboten.

- Wohlfahrtssurvey - Online
ist ein Werkzeug, das es erlaubt, die Daten der Wohlfahrtssurveys 1978 bis 1998 interaktiv auszuwerten und die Ergebnisse in Form von Tabellen und Grafiken darzustellen. Die Analysemöglichkeiten umfassen derzeit die Erstellung von Häufigkeitsauszählungen und Kreuztabellen. Weitere Analysemöglichkeiten sind in Vorbereitung.
- System Sozialer Indikatoren: Schlüsselindikatoren 1950-2003
- System Sozialer Indikatoren: Indikatortabellen und -dokumentationen
- DISI 2.1: aktualisierte Version des Digitalen Informationssystems Sozialer Indikatoren
- EUSI European System of Social Indicators: Zeitreihendaten für 5 life domains und 22 Länder

Alle Informationen sind über die folgende Internetseite verfügbar: <http://www.gesis.org/Sozialindikatoren/>